



#dieschmidt

der newsletter

20.11.2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit der Novemberhilfe, die wir für Unternehmen, Betriebe, Selbstständige oder Vereine, die von den aktuellen Schließungen betroffen sind, auf den Weg gebracht haben, unterstützen wir Betroffene direkt mit einem Zuschuss, der schnell genau dort ankommt, wo er gebraucht wird. Betroffene erhalten 75 Prozent pro Woche der Schließung von ihrem durchschnittlichen, wöchentlichen Umsatz aus dem Jahr 2019. Soloselbstständige, deren Einkommen oft von Monat zu Monat variiert, können als Vergleichsumsatz auch den durchschnittlichen Wochenumsatz im gesamten Jahr 2019 nehmen. Diese Woche hat Olaf Scholz weitere Hilfen für Soloselbstständige der Veranstaltungs- und Kulturbranche auf den Weg gebracht. Diese Branche ist durch die Pandemie besonders betroffen. Wir helfen mit der unbürokratischen Neustarthilfe denjenigen, die nicht die Überbrückungshilfe in Anspruch nehmen können. Betroffene können einmalig bis zu 25 Prozent des Umsatzes aus dem Jahr 2019 (bis zu 5000 Euro) erhalten und müssen diesen Betrag nicht zurückzahlen. Diese Neustarthilfe wird nicht auf andere Leistungen, wie beispielsweise die Grundsicherung, angerechnet. Weitere Hilfen sind in der Vorbereitung. Dafür hoffen wir auf die Förderrichtlinien vom Bundeswirtschaftsminister Altmaier.



Auch mich haben in dieser Woche viele kritische E-Mails, Briefe und Anrufe zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes erreicht. Die Sorgen sind unbegründet. **Wir haben mit dem Gesetz den rechtlichen Rahmen für die Maßnahmen geschaffen, die wir schon alle kennen und die unser Gesundheitssystem vor Überlastung schützen und Menschenleben retten.** Mich erreichen auch die Ängste von vielen Menschen mit Vorerkrankungen oder Behinderungen, die Angst haben, einer Triage-Entscheidung zum Opfer zu fallen. Ich möchte verhindern, dass Ärztinnen und Ärzte vor solche Entscheidungen gestellt werden, wie es vielleicht auch bald in Österreich passieren kann oder in Italien im Frühjahr Fall war. Mit dem Gesetz haben wir auch eine Impfstrategie beschlossen, die dafür sorgt, dass besonders betroffene Menschen als erstes vor dem Virus geschützt werden. Wir weiten die Testkapazitäten der Gesundheitsämter aus und stellen sicher, dass die Krankenhäuser weiterhin finanziell unterstützt werden. Wer hier dagegen stimmt, sollte ehrlichkeitshalber auch die Konsequenzen benennen.

Denjenigen, die aktuell versuchen, eine auf Lügen basierende Gegenwelt á la Trump zu erschaffen und damit die Unsicherheit der Menschen ausnutzen, um mit Angst Politik zu machen und Panik zu verbreiten, müssen wir uns entgegenstellen. **Ich bin froh in einer lebendigen Demokratie zu leben: Mit dem Gesetz stärken wir die Parlamentsbeteiligung des Bundestages.** Alle Maßnahmen sind auf maximal 4 Wochen befristet und die Bundesregierung muss dem Bundestag in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der pandemischen Lage berichten. Über den Anfang oder das Ende einer pandemischen Lage entscheidet einzig und allein das Parlament. [\(Hier geht es zu meiner Position\)](#)

Klar und deutlich möchte ich sagen, dass diejenigen, die dieses Gesetz in Verbindung mit Gesetzen bringen, die zum dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte führten, die Verbrechen der NS-Zeit verharmlosen und die Opfer der Nationalsozialisten verhöhnern.

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Für ein Verbot der Grauen Wölfe



Wir fordern ein Verbot der Grauen Wölfe und der dazugehörigen Vereine. Mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP und Bündnis90/Die Grünen haben wir in dieser Woche deshalb einen Antrag beschlossen, der sich gegen den Rassenwahn und Rechtsextremismus richtet. Wir treten all denjenigen entgegen, die die Menschenwürde in Frage stellen. Die Grauen Wölfe sind nationalistische Spalter, die einen Keil zwischen uns treiben wollen. Auch wenn diese Bewegung im Vergleich zum deutschen Rechtsextremismus versucht bewusst harmlos aufzutreten, bekämpfen wir die nationalistische Ideologie auf allen Seiten. ([...weiterlesen](#))

Für längeres Kurzarbeitergeld



Der Arbeitsmarkt steht nach wie vor stark unter Druck. Wir haben mit dem vereinfachten Zugang zum Kurzarbeitergeld dafür gesorgt, dass Arbeitsplätze gesichert und Unternehmen gestärkt wurden. Mit der jetzigen Verlängerung zur Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes von 12 auf 24 Monate stehen wir weiter für unseren Grundsatz ein: Wir werden nicht jeden Arbeitsplatz retten können, aber wir werden um jeden kämpfen! Zudem legen wir den Grundstein für die Zeit nach der Pandemie. ([...weiterlesen](#))

Für ein starkes und transparentes Rentensystem



Egal ob betriebliche, private oder gesetzliche Altersversorgung – wer einen guten Überblick über seine Altersvorsorge haben möchte, muss sich an verschiedene Stellen wenden. Das ist oftmals kompliziert und verlängert viele Prozesse. Wir wollen deshalb, dass die Leistungen an einer Stelle zentral und digital einsehbar sind. Dies haben wir in dieser Woche im Bundestag beschlossen. Hierzu wird es eine Webseite geben, die in Pilotprojekten getestet wird und ab 2023 für alle offen steht. Alle können dann mit Angabe ihrer Sozialversicherungsnummer und einem Passwort direkt auf die Renteninformationen zugreifen. ([...weiterlesen](#))

Für Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern



Für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt gibt es einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Dies entlastet viele berufstätige Eltern und gibt ihnen die nötige Sicherheit und Flexibilität, ihren Beruf vollumfänglich ausüben zu können. Für Kinder im Grundschulalter existiert dieser Rechtsanspruch nicht. Das wollen wir ändern. Deshalb haben wir als wichtigen ersten Schritt in dieser Woche im Bundestag beschlossen, damit die Finanzierung von Ganztagsplätzen für alle Kinder im Grundschulalter ab 2025 gesichert ist. Wir unterstützen die Länder mit rund 3,5 Milliarden Euro, damit ab 2025 die Ganztagsplätze

ausreichend finanziert werden können. ([...weiterlesen](#))

Für ein respektvolles transatlantisches Verhältnis



Am Dienstag habe ich mich sehr gefreut, dass Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, gemeinsam mit vielen Gästen und mir über die zukünftigen Beziehungen von Deutschland und den USA nach den Wahlen in den USA gesprochen hat. Wir sind uns einig: Mit Joe Biden und Kamala Harris kann eine Rückkehr zu einem vertrauensvollen Verhältnis zwischen uns und unseren amerikanischen Partnerinnen und Partnern gelingen. Auch wenn es sachliche Differenzen auch in Zukunft geben wird, wird der Umgang miteinander auf einer respektvollen und verbindlichen Basis liegen.

Demokratie konkret



Warum ist es wichtig, dass auch während der Corona-Pandemie demonstriert werden darf? Grundrechte, wie die Versammlungsfreiheit werden, zur Bekämpfung des Virus, derzeit eingeschränkt. Trotzdem ist und bleibt die Demonstrationsfreiheit ein besonders wichtiges demokratisches Rechtsgut und Demonstrationen unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln weiterhin erlaubt. Nicht akzeptabel sind jedoch Demonstrationen, bei denen die Veranstalter nicht ausreichend für die Einhaltung der Auflagen zum Schutz der Bevölkerung sorgen. So wird die Gesundheit aller Menschen in Gefahr gebracht. Die Bilder aus Leipzig,

Frankfurt, Berlin oder auch Wetzlar in den letzten Tagen haben gezeigt: Vor allem bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen werden die Abstands- und Hygieneregeln häufig nicht eingehalten. Dieses Verhalten ist verantwortungslos. Wenn Demonstrantinnen und Demonstranten selbst zum Risiko werden, muss eine solche Veranstaltung aufgelöst werden. Zum Schutz der Menschen, die berechnete Angst um ihre und der Gesundheit ihrer Nächsten haben.